
Freiwillig ist kein Mächtiger gerecht

Die Globalisierung ist nicht für alle Übel verantwortlich, aber sie hat soziale und ökologische Probleme verschärft. In der globalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt existieren festgeschriebene Standards, allerdings nur auf dem Papier. Die G8, die Gruppe der acht großen Industriestaaten, hätte die Macht, etwas zu ändern. Menschenrechts- und Umweltaktivisten sind skeptisch.

Von Marion Blitz

Blüten, soweit das Auge reicht. Die Blumenindustrie in Afrika und Lateinamerika boomt: Die Nachfrage in den Industrieländern ist unersättlich, die klimatischen Bedingungen ideal, Land günstig und Arbeitskräfte billig. Arbeitsrecht und Umweltschutz? Interessieren hier nicht. Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche, Hungerlöhne, Kinderarbeit, Gesundheitsgefahren und Umweltschäden durch massiven Pestizideinsatz. Wer sich wehrt oder gar einer Gewerkschaft anschließt, wird schnell entlassen. So schildert die Menschenrechtsorganisation FIAN-Deutschland die Lage vor Ort.

»Die G8 vertreten eine aggressive Wirtschaftspolitik und wollen vor allem die Handelsmöglichkeiten für ihre Firmen verbessern.«

»Die Globalisierung begünstigt vor allem die großen Konzerne. Sie können ihre Interessen besser durchsetzen, erhalten die fruchtbarsten Ländereien – oft durch Vertreibungen, ohne dass Entschädigungen gezahlt werden – und können günstiger produzieren als Kleinbauern«, so Gertrud Falk, die bei FIAN für eine Kampagne für die Rechte von Blumenarbeiterinnen zuständig ist. Obwohl das Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft »Wachstum und Verantwortung« heißt und in Heiligendamm auch die soziale Gestaltung der Globalisierung Thema sein soll, erwartet FIAN nicht viel

von dem Gipfel: »Unsere Erfahrungen zeigen, dass die G8 eine aggressive Wirtschaftspolitik vertreten und vor allem die Handelsmöglichkeiten für ihre Firmen verbessern wollen.«

»Jede Kreissparkasse wird schärfer kritisiert als Hedge Fonds«

Kritisch sehen viele die wachsende Finanzmacht der Hedge Fonds, für die Franz Müntefering (SPD) den Begriff der »Heuschrecken« geprägt hat. »Jede Kreissparkasse wird schärfer kontrolliert als die milliardenschweren Hedge Fonds«, kritisiert Gerhard Schick, Leiter der AG Wirtschaft und Arbeit der grünen Bundestagsfraktion. Er fordert sowohl Transparenz-Standards als auch direkte Regulierung, etwa über eine Vorgabe zur maximalen Kreditaufnahme und zur Risikostreuung.

Auch Michael Windfuhr, Leiter des Teams Menschenrechte von Brot für die Welt, kritisiert, dass der vorliegende Entwurf der G8-Abschluss-erklärung vor allem auf Liberalisierung und gleiche Bedingungen für alle Länder im Handelsrecht setzt. Weltweit seien 80 Prozent der armen, akut hungernden Menschen Kleinbauern, die unter prekären Bedingungen wirtschafteten. Ihre Bedingungen können sich bei einer schnellen Liberalisierung erheblich verschlechtern. Sie bräuchten in vielen Fällen mehr Schutz und Regulierung, um auf lokalen Märkten bestehen zu können. »Wer Ungleiche auf dem gleichen Feld spielen lässt, kann die Folgen hinterher nicht mit Umwelt- und Sozialstandards auffangen«, betont Windfuhr. Auf dem Papier existieren eine ganze Reihe an sozialen Mindeststandards. Der Internationale



Zwei Kinder aus einem Dorf in Äthiopien, beladen mit abgeernteten Pflanzen: »Die Opfer sind Ureinwohner oder Kleinbauern.«

Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sichert den Menschen das Recht auf gerechte, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen zu, auf ein existenzsicherndes Arbeitsentgelt, auf soziale Sicherheit, auf Zusammenschluss in Gewerkschaften und das Streikrecht. Auch in den Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind Sozialstandards verankert. Die sogenannten ILO-Kernarbeitsnormen – unter anderem das Verbot von Diskriminierung, Kinder- und Zwangsarbeit sowie das Recht auf Vereinigungsfreiheit – gelten für alle Mitgliedsländer, unabhängig von einer Ratifizierung.

Weniger als einen US-Dollar pro Tag zum Leben

Dennoch leben weltweit 80 Prozent der Menschen ohne angemessene soziale Absicherung, haben über eine Milliarde Menschen weniger als einen US-Dollar am Tag zum Leben, sind Kinderarbeit, gesundheitsschädliche und ausbeuterische Arbeitsbedingungen und die Drangsalierung von Gewerkschaften in vielen Ländern die Regel. Wie bei vielen anderen internationalen Abkommen wird die Einhaltung nicht überprüft, »weder von den Regierungen noch von den internationalen Organisationen«, beklagt Siegfried Schröder, Projektkoordinator beim Weltfriedensdienst. Letzteren sei es oft aus Ressourcen-gründen gar nicht möglich, Kontrollfunktionen zu übernehmen.

Ähnlich sieht die Situation bei der Umwelt aus. Zwar existieren über 200 multilaterale Umweltabkommen, für ihre Umsetzung hingegen sind die einzelnen Staaten verantwortlich. Auch hier fehlen Sanktionsmöglichkeiten. Die Abkommen der Welthandels-

organisation WTO beispielsweise erlauben eine Regulierung von Importen nur, wenn die Produkte selbst schädlich sind, nicht aber wenn bei der Herstellung Umwelt- und Sozialstandards verletzt werden. FIAN-Expertin Falk sieht in Handelsabkommen den entscheidenden Hebel: »Die Einhaltung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards müsste als Bedingung in Handelsverträge aufgenommen werden.«

»Die Einhaltung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards müsste als Bedingung in Handelsverträge aufgenommen werden.«

Die sozialen und ökologischen Flurschäden sind gewaltig

Die Stärkung vor allem freiwilliger Unternehmensverantwortung und die Schaffung von Transparenz bei der Rohstoffgewinnung, wie im Entwurf des G8-Abschlussdokuments vorgesehen, »sind wichtige Schritte, aber viel zu wenig angesichts der enormen Dynamik im Bereich der Rohstoffextraktion«, stellt Windfuhr klar. In diese Sparte fließt schon jetzt der Großteil ausländischer Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern und genau diese Investitionen sollen nach Vorstellung der G8 weiter



Ein Anwohner und eine Anwohnerin zeigen zwei mit Weltbankkrediten finanzierte Minen in Ghana: »Der industrialisierte Goldabbau ist eine Katastrophe für Menschen und Umwelt.«

erleichtert werden. Dabei sind die sozialen und ökologischen Flurschäden für die Länder oft gewaltig. Der industrialisierte Goldabbau beispielsweise – oft mit Krediten der Weltbank finanziert – ist eine Katastrophe für Menschen und Umwelt: In modernen Goldminen wird großflächig Gestein gesprengt und mittels hochgiftiger Zyanidlösung werden Goldspuren herausgelöst. Die giftige Schlacke und die Abraumhalden für Geröll hinterlassen lebensfeindliche Mondlandschaften: das fruchtbare Land zerstört, das Trinkwasser verschmutzt. Die Opfer sind Ureinwohner oder Kleinbauern, die für den Verlust ihres Landes in aller Regel keine Entschädigung erhalten.

Nichts führt die Verantwortung der G8-Staaten so drastisch vor Augen, wie der Klimawandel: Nur etwa 13 Prozent der Weltbevölkerung leben in den G8-Staaten, doch über 40 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes gehen gegenwärtig auf ihr Konto. Die Folgen des Klimawandels aber, so warnt der zweite Teilbericht des UN-Weltklimarats IPCC, werden am härtesten die Menschen in den Entwicklungsländern treffen. Nicht nur, weil die Existenz der vielen kleinbäuerlichen Familien von Wetterextremen bedroht ist. In den Entwicklungsländern fehlen gleichzeitig die notwendigen Mittel für Anpassungsmaßnahmen.

Jahrzehntelang auf Kosten der Entwicklungsländer dem Wachstum gefrönt

Soll die Erderwärmung auf die gerade noch als beherrschbar geltenden zwei Grad begrenzt werden, »müssen wir weltweit innerhalb von zehn Jahren den steil ansteigenden Emissionstrend brechen, und dann bis 2050 die Emissionen gegenüber dem Niveau von 1990 halbieren«, so Karsten Smid von Greenpeace. Damit uns die Zeit

nicht wegläuft, müssten die G8 »verbindliche CO₂-Minderungsziele festzulegen«, fordert Jürgen Trittin, stellvertretender Vorsitzender der grünen Bundestagfraktion. Ohne die Entwicklungsländer wird der Klimawandel jedoch nicht aufzuhalten sein. Staaten wie China oder Indien sind hinsichtlich ihrer CO₂-Emissionen auf der Überholspur.

»Substanzielle Demokratisierung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene kann hier für Veränderung sorgen.«

Die reichen Industrieländer haben ein Argumentationsproblem: Sie sind diejenigen, die jahrzehntelang auch auf Kosten der Entwicklungsländer Wachstum und Wohlstand gefrönt und dabei auf die Umwelt wenig Rücksicht genommen haben. So stoßen sie meist auf Unverständnis, wenn sie den wirtschaftlich nach vorn drängenden Schwellenländern den Öko-Zeigefinger vorhalten. »Nur wenn die Industrieländer ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangen, können sie auch die aufstrebenden Entwicklungsländer in ein Klimaschutzregime einbinden«, mahnt Smid.

Dass die derzeitige Form des Gipfels tatsächlich wichtige Schritte in Richtung sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit unternehmen könnte, bezweifelt Siegfried Schröder grundsätzlich. »Nur der Einsatz für substanzielle Demokratisierung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene kann hier für Veränderung sorgen«, betont er. Deshalb müsse die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure und Strukturen im Zentrum der Anstrengungen stehen. ◊

Fotos: FIANN